



Ursprung: Dringlichkeitsantrag, Die Fraktion PIRATEN

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
19.09.2012	Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin
24.10.2012	Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Änderungsantrag Die Fraktion PIRATEN

Drucks. Nr: 0400/XIX

Opt-Out-Day in Tempelhof-Schöneberg

Die BVV möge beschließen,

Das Bezirksamt möge bürgerfreundliche sowie personal- und kostengünstige Abläufe entwickeln, wie innerhalb des gesetzlichen Rahmens auf den Bürgerämtern des Bezirks der Weitergabe von persönlichen Daten widersprochen werden kann.

Begründung:

Am 21. September wurde das neue Meldegesetz in den Vermittlungsausschuss überwiesen; Grund genug, die Unzulänglichkeit des Bundestagbeschlusses auch auf Bezirksebene zu thematisieren, und für die Bürger anschaulich zu machen, wie bürgerfeindlich es ist und welche personelle Belastungen für die Bezirksämter mit dem Meldegesetz einher gehen.

Wie sich während des Opt-Out-Day (Tag des Widerspruchs gegen die Weitergabe persönlicher Daten) am 20. September zeigte, ist es den Bürgern schon schwer vermittelbar, dass sie der Weitergabe ihrer persönlichen Daten widersprechen müssen. Der gesunde Menschenverstand geht davon aus, dass man explizit zustimmen müsste, wenn die Daten weiter gereicht werden.

So ist es der derzeitige Ablauf unter den gegebenen Voraussetzungen derart konzipiert, dass für den Widerspruch allein mit dem Bürgeramt ein Termin vereinbart werden muss. Daraufhin muss auf einem Formblatt der Datenübermittlung in vier Fällen, gemäß §27(2), §29(1) und §28a(2) Meldegesetz sowie §18(7) Melderechtsrahmengesetz widersprochen werden. Dieses Formular muss vor Ort unterschrieben und abgegeben werden. Darüber hinaus muss ein weiteres Formblatt zur Zustimmung zur Datenübermittlung ausgestrichen werden und ebenso vor Ort unterschrieben und abgegeben werden.

Außerdem soll das Bezirksamt ein Informationsblatt erstellen, das auf die Möglichkeit des Widerspruchs hinweist und darauf wie er einfach ausgeführt werden kann.

Berlin, den 16.10.2012

Herr Ickes, Michael
Die Fraktion PIRATEN

Abstimmungsergebnis:

beschlossen:

abgelehnt:

überwiesen: